

Beschluss des Landrates vom 02.11.2017

Nr. 1768

9. Arbeitsmarktkontrolle für das Baugewerbe 1: AMKB 2017/261; Protokoll: mk

Kathrin Schweizer (SP) beantragt Diskussion.

://: Dem Antrag wird stillschweigend stattgegeben.

Gemäss **Kathrin Schweizer** (SP) wurde versucht, nach all den Wirren rund um ZAK und ZPK mit dem illegalen Personalverleih, mit Geldflüssen unbekannter Richtung etc., mit der AMKB einen Neuanfang zu machen. Es gab eine neue Konstruktion und man versuchte, das schlingende Schiff der Schwarzarbeits- und GAV-Kontrolle wieder auf Kurs zu bringen. Die Interpellantin reichte dazu eine Reihe von Fragen ein. Man merkt es, dass es der Regierung bei der Beantwortung der Fragen nicht wohl war. Sie wand sich, sie versuchte, um Antworten herumzuschiffen. Transparenz wurde damit auf jeden Fall noch nicht erreicht.

Zum Beispiel fragte die Interpellantin, ob die AMKB neue Räumlichkeiten bezogen hat, da sich die neue Organisation von der AMS lösen musste. Die Regierung schreibt, dass die AMKB eigene Räumlichkeiten bezogen habe. Damit wird die Vorstellung vermittelt, sie hätten ihre Siebensachen in Zügelkisten gepackt und seien umgezogen. Dem ist aber nicht so. Es blieben alle am selben Ort. Das einzige, das sich geändert hat, ist ein neuer Mietvertrag. Das ist grundsätzlich nicht falsch, aber es ist unverständlich, dass dies nicht klarer deklariert wurde.

Ebenso unverständlich ist, wie eine (laut Leistungsvereinbarung) gemeinnützige Organisation wie die AMKB einen nicht mal so knappen Gewinn erwirtschaften soll. Bis zu 35% des Kantonsbeitrags kann sie jährlich zur Seite legen. Das ist viel mehr als bei einer normalen Organisation, was sehr problematisch ist. Auch die klare Trennung der AMS hat noch nicht stattgefunden. Die IT läuft immer noch über die AMS und niemand weiss, wie der Datenschutz dabei gewährleistet werden konnte. Es wäre interessant zu erfahren, ob die Regierung den Datenfluss schon einmal der Datenschutzbeauftragten gezeigt hat.

Weiter geht es in der Frage 6 darum, ob die AMKB überhaupt die GAV-Kontrollen machen darf. Die Regierung bestätigt das. Die Interpellantin hat sehr grosse Zweifel daran und möchte die Regierung auffordern, dies nochmals genau zu überprüfen. Ihrer Meinung nach liegen die Beschlüsse der angeschlossenen paritätischen Kommissionen für die Delegation der ZPK an die AMKB nicht vor.

Die SP wird weiterhin ein Augenmerk auf die Arbeit der AMKB richten. Hauptziel wäre, endlich effiziente Schwarzarbeits- und GAV-Kontrollen zu erhalten. Dass nun die AMKB mit Kontrollen bereits wieder zurückliegt, wird mit Besorgnis registriert. Es ist zu hoffen, dass es in Zukunft besser läuft.

://: Die Interpellation ist erledigt.
